

Bern



In Deutschland ist das häufiger anzutreffen: Fotovoltaikanlage auf dem Dach der katholischen Kirche St. Peter und Paul in Salem-Neufrach unweit des Bodensees. Foto: zvg

Es geht zu heiss her in Kirchen

Tausende Kilowattstunden Energie verheizen die Kirchen während der kalten Tage. Auch wenn sie sich zunehmend mit Energiefragen beschäftigen: Solaranlagen kommen nur selten aufs Dach.

Janina Gehrig

Der Wind zieht durch die Ritzen an der Kirchentür. An der Kuppel sind Risse und Flecken sichtbar: Zeichen schlechter Isolierung. Dennoch haben die Besucher der Stadtkirche Thun spätestens dann ihre Winterjacke abgestreift, wenn das Orgelspiel einsetzt. Das Gotteshaus ist angenehm geheizt. Auf mindestens 17 Grad, den ganzen Winter hindurch. Das verbraucht jährlich 100 000 Kilowattstunden Energie und kostet 20 000 Franken. Nun soll die Kirche saniert werden. «Ziel ist es, erneuerbare Energien einzusetzen, die Kirchenfenster zu isolieren, eine Gebäudewärmedämmung anzubringen», sagt der zuständige Architekt Frank Haueter.

Tausende Kilowattstunden

Die Kirche Thun ist nicht die einzige, die Tausende von Kilowattstunden jährlich verheizt. Laut Martin Grütter, Leiter Bau und Unterhalt der römisch-katholischen Gesamtkirchengemeinde Bern und Umgebung, verbrauchen allein die Dreifaltigkeitskirche und deren Nebengebäude jährlich 900 000 Kilowattstunden Ener-

gie - seit einigen Jahren aus Fernwärme. Damit könnten 30 mittlere Einfamilienhäuser für ein Jahr lang geheizt werden. Grütter rechnet vor, dass die insgesamt 13 Kirchen der besagten Kirchengemeinde dem Verbrauch von 187 Einfamilienhäusern entsprechen. Noch nicht mitgezählt sind hierbei mindestens 227 evangelisch-reformierte Kirchen im ganzen Kanton. Genaue Angaben zum Energieverbrauch aller Kirchen liegen nicht vor. Als Beispiel zieht Bruno Stoll, Abteilungsleiter der evangelischen Gesamtkirchengemeinde Bern, die Pauluskirche heran. Auch sie verheizt jährlich 90 000 Kilowattstunden Energie. Bestätigt sich somit das Bild der Kirchen als Klimasünder und Energieschleudern?

«Mit unsachgemäßem Heizen wird nicht nur viel Energie vergeudet. Auch der Kirche tut man damit keinen Gefallen», sagt Emil Giezendanner, Architekt und Experte für die Bauphysik von historischen Gebäuden. Rund 80 Prozent der Kirchen in der Schweiz wurden vor 1850 ohne Heizung erbaut. «Werden die Räume geheizt, entstehen Luftströmungen, welche die Decken und Kunstwerke

schwärzen und Risse in Holzwerken verursachen.»

Erste Berner Kirche mit Solardach

Tatsächlich hinke die Schweiz im Vergleich zu Deutschland, wo bereits auf 1400 Kirhdächern Solaranlagen installiert seien, politisch hinterher, sagt Kurt Aufderreggen, Umweltbeauftragter des Vereins Oeko Kirche und Umwelt. Hierzulande hätten erst 20 Kirchen Solaranlagen auf ihren Dächern. Die Bieler Kirche Bruder Klaus ist die erste Kirche im Kanton, auf deren Dach 2014 eine Fotovoltaikanlage in Betrieb genommen werden soll. «Kirchenleitungen sind sich der Problematik zunehmend bewusst», sagt Aufderreggen. So habe die Synode der reformierten Kirchen Bern-Jura-Solothurn kürzlich einen Fonds für die Finanzierung von Solaranlagen auf kirchlichen Gebäuden beschlossen. Und die römisch-katholische Gesamtkirchengemeinde Bern habe im vergangenen Sommer den Zustand aller Kirchen und Pfarreizentren auf städtischem Boden und in der Umgebung erfasst. So soll laut Grütter nebst anderen Massnahmen etwa das

Kirchendach der Dreifaltigkeitskirche isoliert werden. «Damit sparen wir 23 Prozent der Energie ein.» Laut Stoll sind von den 13 reformierten Kirchen auf Stadtboden bereits drei wärmetechnisch saniert worden. Darunter auch die Pauluskirche, deren Energieverbrauch dank einer Kuppeldämmung um 30 000 Kilowattstunden gesenkt worden sei. Grütter bestätigt, dass Nachholbedarf bestehe. Letztlich liege der Entscheid, was machbar sei, aber bei der Denkmalpflege. Das lässt Giezendanner nicht gelten. «Nicht die Denkmalpflege ist schuld, dass zu wenig Energie gespart wird.» Oft müssten die Kirchen gar nicht saniert werden. Er rät: «Die Temperatur auf acht Grad senken und nur während Gottesdiensten auf 16 Grad heizen.»

Der Abstimmung zur Initiative «Bern erneuerbar» sehen sowohl Stoll als auch Grütter gelassen entgegen. Zwar unterstützen die Vorlagen eines ihrer Kernanliegen - die Bewahrung der Schöpfung. Kirchliche Gebäude würden aber weiterhin als geschützt eingestuft, weshalb an sie nicht der gleiche Massstab wie an Wohnungen angelegt werde.

SVP will an BEA Reitschulauftritt neutralisieren

Die SVP hat einen eigenen BEA-Stand. Dort will sie einen Gegenauftritt zur Reitschulpräsentation hinlegen.

Dölf Barben

Als bekannt wurde, dass die Stadt Bern ihren Gastauftritt an der BEA zusammen mit der Reitschule bestreiten wolle, reagierte die SVP perplex. Das mache ihn «sprachlos», so Roland Jakob, Chef der SVP-Stadtratsfraktion («Bund» vom 2.2.). Eine Institution, die chronisch die Gesetze mit Füßen trete, müsse umgehend ausgeladen werden. Die Stadt entschied anders, die Reitschule darf an der Traditionsausstellung, die vom 3. bis zum 12. Mai dauert, sehr wohl antraben.

Einfach so hinnehmen will die SVP das nicht. Am Donnerstag, als die Kantonsparlei das Konzept ihres BEA-Auftritts besprochen hat, stellte die Stadtberner Sektion einen «Gegenauftritt» in Aussicht. Dieser ist vor allem gegen die Reitschule gerichtet, wie Aliki Panayides, Geschäftsführerin der SVP Kanton Bern, gestern bestätigte. An welchem Tag die Stadtberner am SVP-Stand an der Reihe sind, steht noch nicht fest. Es werde aber «sicher ein gut besuchter Tag sein», sagt Panayides.

«Ein paar Sachen richtigstellen»

Roland Jakob bestätigt das Vorhaben. Details wolle und könne er noch nicht bekannt geben. Er spricht von einem «ergänzenden» Auftritt. Man werde «ein paar Sachen richtigzustellen haben», die von der Stadt «eher beschönigt werden». Zu einer direkten Konfrontation auf dem BEA-Gelände wird es nicht kommen. Die SVP hat ihren Stand in der Halle 1, während der Stadt die Curlinghalle zur Verfügung steht. Dazwischen liegen rund 200 Meter Luftlinie.

Für die SVP ist es nicht der erste Auftritt an der BEA. Seit 2005 präsentiert sich die Partei in Wahljahren. Die SVP ist auch nicht die einzige Partei, welche die Nähe des Publikums sucht: SP und EDU sind ebenfalls vertreten, wie es bei Bernexpo heisst.

SVP: Zweierticket breit abgestützt

An der Vorstandssitzung der SVP Kanton Bern kam zudem das Konzept für die Kantonsparlei 2014 zur Sprache. Für die siebenköpfige Geschäftsleitung steht für die Regierungsratswahlen ein Zweierticket mit dem Bisherigen Christoph Neuhaus und dem bernjurassischen Grossrat Manfred Bühler im Vordergrund («Bund» vom Donnerstag). Zusammen mit den bürgerlichen Partnern BDP und FDP wird ein Erfolg versprechendes, kompaktes Viererpaket angestrebt. Dieses Konzept ist laut Panayides vom 30-köpfigen Vorstand gutgeheissen worden. Damit ist es nun breiter abgestützt. Definitiv entscheiden wird erst die Delegiertenversammlung im Sommer. Der Vorstand hat laut Panayides ausdrücklich festgehalten, es seien «weiterhin alle Optionen offenzuhalten». Dies könnte dann von Belang sein, wenn sich die Ausgangslage ändern sollte.

Jura-Abstimmung: Bernjurassier fordern Engagement der Regierung

Wie stark sollen oder dürfen sich die Regierungen der Kantone Bern und Jura vor der Jura-Volksabstimmung im November engagieren? Die Frage wirft hohe Wellen.

Simon Thönen

Am 24. November 2013 werden die Bevölkerungen des Kantons Jura und des Berner Juras darüber abstimmen, ob sie einen gemeinsamen grossen Kanton Jura gründen wollen. Als Auftakt zum Abstimmungskampf ist nun eine Debatte entbrannt, wie stark sich die Kantonsregierungen engagieren sollen respektive dürfen. Die Frage ist insbesondere im Kanton Bern historisch belastet, weil der Regierungsrat in den 1970er-Jahren die probernerischen Organisationen heimlich aus «schwarzen Kassen» (mit Lotteriegeldern) finanzierte - was dann Mitte der 80er-Jahre im Gefolge des bernischen Finanzskandals aufflog.

In einem gestern publizierten Brief an den bernischen Regierungsrat fordert der Bernjurassische Rat (BJR) nun, «dass die Bevölkerung des Berner Juras von einer Information über die Vorteile eines Neins profitiert, die vergleichbar mit den Anstrengungen des Kantons Jura zugunsten eines Ja ist». Der BJR fordert also gleich lange Spiesse beim Engagement der beiden Kantone.

Delsberg dementiert Kampagne

Laut dem (bernjurassischen) «Journal du Jura» planen der Kanton Jura respektive seine Gemeinden, ein bis zwei Millionen Franken für den Abstimmungskampf auszugeben. Eine Schlüsselrolle spielen die «Stiftung für die Wiedervereinigung», die vom Kanton Jura 300 000 Franken erhalten habe und auch von jurassischen Gemeinden finanziert werde. Zudem habe die jurassische Regierung den PR-Berater Philippe Zahno engagiert, um Fakten und Argumente zusammenzutragen, die für ein Ja sprechen. Der Name lässt aufhorchen: Zahno war

früher Kommunikationschef des Verteidigungsdepartements VBS.

Der Delegierte für jurassische und eidgenössische Angelegenheiten in der jurassischen Staatskanzlei, Daniel Rieder, bestätigt auf Anfrage, dass Zahno «ein kleines Mandat im Umfang von 20 Stellenprozenten erhalten hat». Rieder betont jedoch: «Zahno bereitet die Informationsarbeit der Regierung vor. Er hat kein Mandat, Propaganda zu betreiben.» Bei den 300 000 Franken, die der Kanton der Stiftung für die Wiedervereinigung bezahlt hat, handle es sich um einen «einmaligen Beitrag aus dem Jahr 1990, den die Stiftung in der Zwischenzeit ausgegeben hat». Den Beitrag habe das jurassische Parlament seinerzeit in öffentlicher Debatte beschlossen, er sei daher längst bekannt. Zur Frage, inwiefern Gemeinden die Stiftung finanzieren, könne er sich nicht äussern. Die jurassische Regierung werde, so Rieder, im Hinblick auf die Abstimmung «keinen Rappen an Bewegungen oder Komitees zahlen, welche Kampagnen betreiben».

Von kantonaler Seite seien einzig Auftritte von Regierungsräten, eventuell Informationsanlässe für die Bevölkerung sowie das Abstimmungsbüchlein vorgesehen.

Zurückhaltung in Bern

In Bern ist der frankophone Vizestaatssekretär Michel Walthert - unter anderem - für jurassische Angelegenheiten zuständig. Über das Anliegen des Bernjurassischen Rates werde der Regierungsrat befinden, sagt er auf Anfrage. Dass der Kanton Bern seinerseits eine oder zwei Millionen Franken für den Abstimmungskampf ausgeben werde, könne er sich allerdings nicht vorstellen. Erst recht werde es keine Finanzierung aus «schwarzen Kassen» geben, gerade weil die früheren Praktiken «teilweise immer noch in Erinnerung sind». Die jeweiligen Abstimmungsbüchlein an die Stimmberechtigten werden die beiden Kantonsregierungen zudem in gegenseitiger Absprache formulieren. Dies wurde im Jura-Abkommen so vereinbart.

Anzeige



Privatklinik Wyss
Engagiert Innovativ Wegweisend

Stress- und Stressfolge-Erkrankungen

Akuter Stress kann von gesunden Personen gut bewältigt werden; chronischer Stress hingegen weniger. Burnout und Depressionen oder körperliche Reaktionen des Herz-Kreislaufsystems und der Immunabwehr sind die Folge. Öffentlicher Vortrag - Eintritt frei!

Referent: Dr. med. Franz Caduff,
Chefarzt Privatklinik Wyss

Mi, 6. März 2013, 20.00 Uhr
Buchhandlung Stauffacher, Ryffliggässchen 8, Anmeldung: Tel. 031 313 63 63

Privatklinik Wyss
Münchenbuchsee
Tel. 031 868 33 33
www.privatklinik-wyss.ch

